

Bielefeld, im Januar 2022

**Herrn Oberbürgermeister
Pit Clausen
Altes Rathaus/Niederwall 23
33602 Bielefeld**

Offener Brief: Vierspurigen Ausbau der Herforder Straße stoppen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bedrohung durch den Klimawandel ist bedrückend. Die internationale Staatengemeinschaft ringt um einen Weg, das 1,5-Grad-Ziel doch noch zu erreichen. Mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 sollten die Weichen entsprechend gestellt werden. Die EU und die Bundesrepublik Deutschland haben daraus ehrgeizige Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen abgeleitet. Das in diesem Jahr novellierte Klimaschutzgesetz gibt eine CO₂-Einsparung von mindestens 65 % bis 2030 vor. Bielefeld hat im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Am 23. September dieses Jahres hat der Rat der Stadt als Zieljahr für das Erreichen von Klimaneutralität das Jahr 2035 festgelegt. Trotzdem müssen wir feststellen, dass an bestehenden Verkehrs- und Straßenplanungen festgehalten wird, ohne diese zu hinterfragen. Wir fragen Sie: Wie sollen diese absolut richtigen, aber sehr ehrgeizigen Ziele erreicht werden, wenn im alltäglichen Handeln von Verwaltung und Politik vor Ort weiter an uralten Planungen festgehalten wird, von denen ohne jeden Zweifel eine Erhöhung der CO₂-Emissionen ausgehen wird, anstatt sie zu senken?

Wir finden die Diskrepanz zwischen den ehrgeizigen Klimaschutzzielen und dem tatsächlichen Alltagshandeln in vielen Bereichen unverantwortlich. Welchen Sinn macht es, im Hufeisen Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs einzuleiten, wenn zugleich an Projekten zum Aus- und Neubau von Fernstraßen festgehalten wird, deren Hauptzweck und –wirkung darin besteht, dem Autoverkehr den Weg in die Innenstadt zu erleichtern? Die bescheidenen CO₂-Einsparungen durch das Projekt „altstadt.raum“ werden durch Projekte wie den vierspurigen Ausbau der Herforder Straße um einen vielfachen CO₂-Ausstoß ad absurdum geführt.

Die Verwaltungsvorlage zum geplanten Ausbau der Herforder Straße (B 61) mutet an wie ein Papier aus vergangenen Zeiten. Vierspurig soll sie werden. Bis zur Fertigstellung dauert es mindestens bis 2026. Die Kosten: ca. 15,3 Millionen Euro allein für den 2 km langen Abschnitt vom Rabenhof bis zum Milser Krug. Massive Eingriffe in die schutzwürdige Johannisbachaue sind Bestandteil der Planungen. Die Planung eines Radschnellweges wurde wegen fehlender politischer Beschlüsse über die Radschnellwegtrasse erst gar nicht einbezogen. Insgesamt liegt eine veraltete Planung vor, die nicht mehr zu den heute bekannten dramatischen Folgen des Klimawandels

und den daraus resultierenden notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen passt.

Die L 712 bedingt den Ausbau der Grafenheider Straße, was den Feuchtbereich der Johannisbachaue schädigt. Auch der Ausbau der B 61 kann, je nach Variante, in den Hang der Johannisbachaue eingreifen. Gleichzeitig ist es ein vorrangiges Ziel der Stadt Bielefeld, die Landschaft der Johannisbachaue zu schützen, die Kernflächen sogar unter Naturschutz zu stellen. Von daher sollten diese Infrastrukturprojekte (L 712, B 61, Grafenheider Straße) nicht gebaut werden.

Projekte zum Aus- oder Neubau von Fernstraßen werden zwar einer Umweltverträglichkeitsprüfung, bisher aber keiner Klimaverträglichkeitsprüfung unterzogen. Das Aktionsbündnis „Mut zur Verkehrswende“ hatte schon im April dieses Jahres den NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst mit der Frage konfrontiert, warum für die alten Planungen keine Klimaverträglichkeitsprüfung nachgeholt werde. Der Minister ist eine Antwort schuldig geblieben. Auch in der Verwaltungsvorlage zur Herforder Straße wird an keiner Stelle die Klimaverträglichkeit oder besser Klimaunverträglichkeit dieser Planung angesprochen. Das ist auch kein Wunder, weil die bisher vorliegenden Verkehrsgutachten aufzeigen, dass die Planungen für den Neubau der L712n zusammen mit dem Ausbau der Herforder Straße zu deutlichen Verkehrszuwächsen führen werde, nicht nur auf der L 712n und der Herforder Straße, sondern auch auf bereits vorhandenen Straßen. Auf der Altenhagener Straße zum Beispiel wird mit einem Zuwachs von bis zu 30% gerechnet. Diese Verkehrssteigerungen weisen eindeutig auf eine Klimaunverträglichkeit hin.

Es ist uns ganz und gar unverständlich, dass in den Ausbau der Herforder Straße viel Geld investiert wird mit der Folge eines deutlichen Verkehrszuwachses, anstatt das Geld zur Förderung von Verkehrsprojekten zu nutzen, die nachweislich zu deutlichen CO₂-Einsparungen beitragen. In unserer Stadt wird darüber lamentiert, dass nicht genügend Geld für den Ausbau des ÖPNV vorhanden sei, und gleichzeitig wird der Autoverkehr noch immer mit viel Geld gefördert, der dann auch noch dem ÖPNV die Kunden wegnimmt. Diese Argumentation gilt erst recht für den Neubau der L712n und der B61n (Ortsumgehung Ummeln), die noch weit größere Geldsummen verschlingen werden. Wenn erst einmal die Ortsumgehung Ummeln gebaut ist, ist es um die Verbesserung des ÖPNV im Korridor Bielefeld-Ummeln-Isselhorst-Gütersloh schlecht bestellt.

Wenn wir den drohenden Klimawandel ernst nehmen, müssen wir mit dem Aus- und Neubau von Fernstraßen Schluss machen. Wir bitten Sie eindringlich, die Planung für den Ausbau der Herforder Straße zu stoppen. Auch die beiden Neubauprojekte L712n und B61n (Ortsumgehung Ummeln) gehören auf den Prüfstand. Wir dürfen keine Verkehrsprojekte mehr umsetzen, deren Klimaverträglichkeit nicht nachgewiesen ist.

Wir sind gerne bereit, diese Problematik vertieft mit Ihnen und den zuständigen Fachleuten in der Verwaltung zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Logos/Vertreter*innen der Organisationen

Kontakt: NN